

Finanzielle Schieflage: Abschalten spart Geld

Referat von Kaspar Müller, unabhängiger Finanzmarktexperte

Es gilt das gesprochene Wort.

Kernenergie war immer und unbestritten teuer

Schon 1984 an der Eröffnungsveranstaltung des KKW Leibstadt (KKL) erwähnte ein Direktor der Elektrizitäts-Gesellschaft-Laufenburg (EGL), dass die Gestehungskosten mit 11 Rp. pro kWh unbestritten hoch seien. Die Baukosten überstiegen schon damals mit 5.1 Mrd. Franken die geplanten 1.8 Mrd. Franken. Als Amortisationsdauer wurden 30 Jahre eingesetzt und die technische Lebensdauer wurde mit 40 Jahren angegeben.

Beunruhigt schienen die Führungsriege der EGL und der KKL nicht, da man eine Mischrechnung machen könne. Gemeint waren wohl Quersubventionen aus Wasserkraftwerken. Ein kritisches Hinterfragen hätte mehr Sinn ergeben. Das finanzielle Desaster zeichnete sich nämlich bald ab. 1997 rechneten die Investmentbanker der Credit Suisse First Boston (CSFB) vor, dass die schweizerischen Kernkraftwerke bereits 5.3 Mrd. Franken in den Sand gesetzt hatten.

1999 verkauften die Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) ihre 5%-Beteiligung am KKL. Ein übles Erwachen: Ihr Aktivum entpuppte sich als Minus-Wert: Der Verkauf brachte nichts ein, sondern er kostete 120 Mio. DM. Warum? Weil der Käufer die zukünftigen Verluste übernahm und dafür entschädigt werden wollte. Das notabene zu einer Zeit vor der Marktöffnung, als in einem Monopolumfeld die Betreiber noch alle Kosten nach freiem Ermessen auf die Kunden abwälzen konnten.

Strategische Fehlbeurteilung

Die Betreiber liessen sich immer noch nicht aus der Ruhe bringen. Die Mär vom billigen Atomstrom wurde noch eindringlicher erzählt. Unbeirrt hielten die Manager an ihren strategischen Grundannahmen fest: Es wird eine Stromlücke geben, die Strompreise werden steigen und die mögliche Bedeutung erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne wurde ignoriert. Es ist anders gekommen: Energieschwemme, Strompreise im Keller und Wind und Sonne boomen. Wer über Jahrzehnte mit seinen strategischen Kernannahmen derart falsch liegt, der schlittert, früher oder später, in eine finanzielle Schieflage.

Heute ist auch den Energiekonzernen klar, dass die Kernenergie ein enormes finanzielles Problem darstellt und die Bilanzen der Unternehmen nicht solide genug sind, um dieses Problem zu meistern. Täglich wird um Liquidität und neues Kapital gerungen.

Neues Kapital müssten die Aktionäre, also die Kantone, zur Verfügung stellen. Eine unmittelbare finanzielle Sanierung ist dringend notwendig, aber politisch kaum durchsetzbar. Auch das ein Grund, weshalb ein geordneter Ausstieg aus der Kernenergie die richtige Option ist.

Missachtung des Vorsichtsprinzips

Ursache dieser desolaten finanziellen Lage ist nicht nur die strategische Fehlbeurteilung, sondern auch das Missachten des in finanziellen Angelegenheiten zentralen Vorsichtsprinzips. Die Kernkraftwerke wurden nicht mit genügend Eigenkapital finanziert und die Einzahlungen in die Stilllegungs- und den Entsorgungsfonds wurden auf die lange Bank geschoben. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die finanziellen Lasten, insbesondere für Stilllegung und Entsorgung, nach 30, spätestens aber 40 Jahren abgesichert wären. Beznau I ging beispielsweise 1969 ans Netz, die ersten Zahlungen in den Stilllegungsfonds erfolgten aber erst 1985, in den Entsorgungsfonds sogar erst im Jahre 2001, also 32 Jahre später. Das bei einer ursprünglichen Annahme von 30 Jahren Laufzeit. Das ist eine krasse Missachtung des Vorsichtsprinzips.

Zur Verletzung des Vorsichtsprinzips gehören auch die mangelnde Transparenz und die Accounting-Politik. Um die Gestehungskosten tief zu rechnen, wurden alle denkbaren rechnungslegungstechnischen Möglichkeiten ausgeschöpft¹.

Kernenergie ist unbestritten eine finanzielle Verlustquelle

Heute geben auch die Betreiber der Kernkraftwerke zu, dass Kernenergie nur ein Verlustgeschäft und keine baldige Besserung absehbar ist. Aus betriebs- und finanzwirtschaftlicher Optik wäre die Konklusion wiederum: Abschalten, resp. geordneter Ausstieg aus der Kernenergie.

Offenbar haben sich die Verantwortungsträger beim KKW Mühleberg solche Überlegungen gemacht und nehmen deshalb das KKM 2019 vom Netz. Der finanzielle Basismechanismus ist für das KKM derselbe wie für die anderen KKW.

Aber die Betreiber der anderen Kernkraftwerke kommen zu einer anderen Konklusion. Die neue Strategie heisst: unbefristete Laufzeiten, und das ohne die vom Ensi geforderten Langzeitbetriebskonzepte für mehr als vierzigjährige Kernkraftwerke, die das Parlament in der Folge der Sicherheitsbehörde auch verweigert hat.

Gleichzeitig wird selbst auf die Sicherheitsbehörde Druck ausgeübt: Besorgniserregend, wie der Direktor **des Ensi, Herr Wanner in der NZZ vom 22. März 2016 zitiert wird: «... Mittlerweile sind aber aufgrund der tiefen Strompreise «KKW nicht mehr rentabel». Man müsse deshalb kein Prophet sein, um das Risiko zu erkennen, dass nur so viel investiert werde wie nötig. Und Herr Wanner erkennt bereits erste Anzeichen für Druckversuche aufs Ensi. ...»** Druckversuche auf die Nuklearsicherheitsbehörde Ensi, ausgesprochen durch das Ensi, das beunruhigt. Ist das Ensi stark und vertrauenswürdig genug, um Druckversuchen bezüglich Sicherheits- und Investitionsanforderungen standzuhalten? Kernkraftwerke benötigen laufend technische Nachrüstungen. Das ist teuer und verlangt Disziplin. Wie aber wollen oder können «unrentable» Kernkraftwerke ihre notwendigen Nachrüstungen finanzieren?

Ein weiterer Baustein der Strategie ist die Androhung von Schadenersatzforderungen, sollte die Eidgenössische Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» angenommen werden².

¹ Dabei wurden auch Verletzungen des OR in Kauf genommen und von den Revisoren gutgeheissen.

² Atomausstieg: Das vorzeitige Ende kann teuer werden in NZZ vom 22. Juli 2016.

Wie der Schaden zu begründen wäre, bleibt schleierhaft. Allein schon die Gestehungskosten pro kWh für das KKW Beznau sind auf 8.5 Rp. pro kWh angestiegen^{3,4}. Pro produzierte kWh werden also mehr als fünf Rappen Verlust mitproduziert. Bis zum Ende der Laufzeit werden weitere substantielle Verluste in Milliardenhöhe hinzukommen⁵.

Im Rettungsring Deckungsbeitrag hat es keine Luft

Die Betreiber rechtfertigen das Weiterwirtschaften trotz substantieller Verluste mit dem Deckungsbeitrag. Aufgrund der mangelnden Transparenz bezüglich der Kosten der Kernenergie, der Bezugsrechtsverträge mit ausländischen Atomstromlieferanten und anderer relevanter Verträge ist nicht nachvollziehbar, ob überhaupt ein Deckungsbeitrag erwirtschaftet wird. Bei Axpo fehlt zum Beispiel eine Segmentberichterstattung, welche über die Wirtschaftlichkeit der Kernkraftwerke Auskunft geben könnte.

Am freien Markt kann man heute, und noch für einige Jahre, den produzierten Strom zu rund 3 Rp. pro kWh verkaufen. Aus den Informationen der Betreiber geht hervor, dass diese mit variablen Kosten von 2.5 Rp. pro kWh kalkulieren. Das ist wenig plausibel. Es ist davon auszugehen, dass die Gestehungskosten weiter steigen werden, gar aus dem Ruder zu laufen drohen, wenn unvorhergesehene Ereignisse eintreten. Für das KKW Beznau sind beispielsweise die Nachrüstungsinvestitionen von ursprünglich geplanten 150 Mio. Franken auf über 700 Mio. Franken hochgeschwungen, und ein Ende der Mehrkosten ist noch nicht absehbar.

Es ist mit grosser Sicherheit davon auszugehen, dass heute kein Kernkraftwerk mit einem positiven Deckungsbeitrag arbeiten kann. Die variablen Gestehungskosten betragen mindestens 4 Rp. pro kWh betragen, sind als höher als der Marktpreis⁴. Das kann nicht gut gehen. Das Argument der Verlustminimierung ist gegenstandslos.

Unabhängig von der Frage der Höhe der variablen Gestehungskosten ist die Deckungsbeitragshoffnung ein Ablenkungsmanöver. Das Weiterführen einer verlustbringenden Aktivität lässt sich mit dem Deckungsbeitrag nur dann rechtfertigen, wenn begründete Hoffnung besteht, dass der Verlust dereinst kompensiert werden kann. Wer in einem Jahr einen Verlust einfährt, der muss diesen später irgendeinmal durch einen Gewinn von mindestens entsprechender Höhe kompensieren können. Im Falle der Schweizer Kernkraftwerke wird dies voraussichtlich nie der Fall sein, weil die verbleibende Laufzeit zu kurz ist und weil der Weiterbetrieb weitere teure Nachrüstungen erfordern wird.

Und sollte doch noch einmal ein Marktumfeld eintreten, welches eine Kompensation erlaubt, dann werden die Schweizer Kernkraftwerke aus Altersgründen nicht mehr am Netz sein. Zudem ist offensichtlich, dass bei einem hohen Preisniveau die erneuerbaren Energiequellen sehr rasch sehr grosse Strommengen zu wettbewerbsfähigen Preisen liefern können. Die Kernenergie wird unter diesen Bedingungen keinen Platz mehr haben, ein weiteres Argument für den geordneten Ausstieg aus der Kernenergie.

³ Aus einer Präsentation der Axpo über das finanzielle Risiko für den Kanton Zürich ableitbar.

⁴ Es gibt auch starke Indizien, dass die Gestehungskosten sogar zwischen 10 bis 15 Rp. pro kWh liegen, also dort wo das KKL 1984 startete. Das ergibt sich, wenn man weitere vernachlässigte Kostenelemente mitberücksichtigt, wie Zuschläge für ungedeckte Entsorgungskosten, Kapitalkosten oder aus der Unmöglichkeit, die Anlagen im heutigen Umfeld kostendeckend zu betreiben, was zu kürzeren Abschreibungszyklen führen würde. Gestehungskosten von 15 Rp. pro kWh und mehr entsprechen auch ungefähr den staatlichen Strompreisgarantien für das neue KKW Hinkley Point C in England, welche für mindestens 35 Jahre als indexierte Leistung vom britischen Staat zugesichert sind.

⁵ Rudolf Rechsteiner in: Energie & Umwelt, Magazin der SES – 3/2016. Aus den Informationen der Betreiber geht hervor, dass diese mit variablen Kosten von 2.5 Rp. pro kWh kalkulieren.

Abschalten spart Geld und bringt Planungssicherheit

Betriebs- und finanzwirtschaftlich ist evident: Der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie ist notwendig.

Nicht nur spart man damit viel Geld, auch die Planungssicherheit wird verbessert. Und auch die Wasserkraft würde finanziell spürbar vom Wegfall von Schweizer Atomstrom profitieren.

Verluste sind Kosten, welche für die zukünftige Steuerbelastung relevant sind. Die Energiewende hingegen hin zu erneuerbaren Energien kreiert Investitionen, welche auch Arbeitsplätze schaffen.

Politisch ist der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie deshalb auch zum Schutz der Steuerzahler richtig. Je länger die Kernkraftwerke laufen, desto wahrscheinlicher und umso höher kann die Belastung der Steuerzahler werden.

Aus der Optik der Verantwortung ist der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie heute ebenfalls notwendig. Strategische Fehler sind immer und überall möglich. Wichtig aber ist, dass diejenigen Manager und Politiker, welche dafür die Verantwortung tragen, auch die Verantwortung für Lösungen mittragen. Einen Ausstieg hinauszuzögern, auf Kosten weiter steigender Verluste und damit drohenden Steuerbelastungen, und die Sanierung dann einer späteren Führungsriege und Generation zu überlassen, ist nicht in Ordnung.

Warum nur klammern sich die Kernkraftwerk-Betreiber an ihre Verluste? Mit Wirtschaftlichkeit hat das nichts zu tun.